

Die Bodyguards der FARC

Ex-Guerilleros werden ausgebildet, um Politiker zu schützen. Seite 3



Nicht nur für den Osten

Gehört in jeden Bücherschrank: das neue DEFA-Filmlexikon. Seite 14

Foto: ©DEFA-Stiftung/Klaus D. Schwarz

Sündenbock Bausenatorin

Die Berliner SPD will die Schuld am Wohnungsmangel bei der LINKE-Politikerin Katrin Lompscher abladen. Die zeigt sich deutlich irritiert. Seite 9



Foto: dpa/Jörg Carsten

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Mittwoch, 24. Januar 2018

73. Jahrgang/Nr. 20 Bundesausgabe 1,80 € www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Warme Worte für Athen

Kurt Stenger fordert Taten von Griechenlands Gläubigern

Viel Lob für die griechische Regierung gab es diesmal beim Treffen der Eurogruppe. Ob dies schon die Handschrift des neuen Gremiumsvorsitzenden ist, der nichts für die Politik der Knute übrig hat, oder gar für eine langsame Abkehr vom Austeritätskurs spricht, sei dahingestellt. Jedenfalls honorieren die anderen Finanzminister verbal, dass die Haushaltslage in Athen bei weitem nicht mehr so dramatisch ist wie noch vor einigen Monaten. So geht die jetzt freigebene Milliardenranche auch nur zur Hälfte in den Schuldendienst, die andere Hälfte kann die Linksregierung konjunkturfördernd einsetzen.

Überhaupt ist der in den Umfragen krass abgestürzte Premier Alexis Tsipras nun dabei, einige soziale Wahlversprechen zu erfüllen, um nicht als willfähriger »Reform«-Umsetzer in die Annalen einzugehen. Zumindest gegen bitterste Formen der Armut geht die Regierung vor, wobei dies vor allem zulasten der geschrumpften griechischen Mittelschicht, nicht etwa der Gläubiger, geht.

Auch deshalb stellen sich diese nicht quer. Ob es aber wirklich einen neuen Umgang miteinander gibt, wird sich erst in den nächsten Monaten zeigen, wenn die immer wieder hinausgezögerten Verhandlungen über Schuldenerleichterungen anstehen. Mit dem Abgang Wolfgang Schäubles aus der Eurogruppe stehen die Erfolgchancen deutlich besser. Schließlich sind sich alle einig, dass es kein weiteres Kreditprogramm geben soll. Um dies zu vermeiden, braucht es deutlich mehr als ein paar warme Worte.

UNTEN LINKS

Es ist ja nicht so, dass es nicht auch unglaublich amüsant ist, dem Kapitalismus von außen dabei zuzusehen, wie er sich so windet und quält, um noch an das letzte bisschen Kaufkraft des eigentlich längst ausgesaugten Menschenmaterials zu kommen. Niemand ist vor seiner zerstörerischen Verwertungslogik sicher. Jetzt hat es ausgerechnet den Shitstorm erwischt. Eigentlich als ordinäre Diffamierungskampagne fürs Internet erfunden, ist er am Wochenbeginn dem Würgegriff der Werbeindustrie erlegen und damit seiner bösartigen Unschuld beraubt worden. Das Oberlandesgericht Köln hat entschieden, dass es okay ist, im Netz für ein Produkt (Mittel gegen Hundeflöhe) zu werben, wenn das Unternehmen aus Notwehr gegen einen Shitstorm (»ätzt dem Körper das Fell weg«) direkt mit dem gnadenlosen Anpreisen seiner Ware im Kommentarbereich reagiert. Das klingt plausibel. Demnächst gerichtlich erlaubt: Mord, wenn das Opfer keine gute Ausrede hatte. cod

Ratenzahlung an Griechenland

Eurogruppe gibt nächste Milliarden für Athen frei – Schuldenerleichterungen offen



Griechenland hat nun etwas mehr Spielraum zur Bekämpfung der Armut – trotzdem bleiben viele auf Hilfe angewiesen.

Foto: Reuters/Yannis Behrakis

Brüssel. Frisches Geld für Griechenland: Die Finanzminister der Staaten mit dem Euro haben am Montagabend grundsätzlich grünes Licht für die Auszahlung von 6,7 Milliarden Euro bis zum Frühjahr gegeben. Sieben Monate vor Ende des dritten Kreditprogramms lobte die Eurogruppe den Reformwillen der linksgeführten Regierung in Athen und forderte vor dem endgültigen Auszahlungsbeschluss nur noch einige wenige Nachbesserungen.

Für Griechenland seien das »gute Nachrichten«, sagte der neue Eurogruppen-Chef, der portugiesische Sozialist Mário Centeno, der am Montag erstmals ein Treffen der Euro-

Finanzminister leitete. Griechenland habe »fast alle« geforderten Reformmaßnahmen umgesetzt. EU-Wirtschaftskommissar Pierre Moscovici sagte, Athen habe bisher 95 von 110 Maßnahmen erfüllt. Praktisch »jede Minute« komme eine weitere hinzu.

Griechenland hängt seit 2010 am Tropf internationaler Geldgeber. Das 2015 mit den Euro-Partnern vereinbarte dritte Hilfspaket über bis zu 86 Milliarden Euro läuft diesen August aus. Die schrittweise Auszahlung ist an Bedingungen geknüpft. Bereits im Februar sollten weitere 5,7 Milliarden Euro an Griechenland gehen. Die Gesamtsumme wird nach Einschät-

zung eines Eurozonen-Vertreters aber bei weitem nicht gebraucht – »mindestens 25 Milliarden Euro« würden übrig bleiben.

Die Eurogruppe könne nun mit »technischen Arbeiten« zu möglichen Schuldenerleichterungen beginnen, so Centeno. Dies war Athen 2016 zugesagt worden, insbesondere Deutschland zweifelte bisher an der Notwendigkeit. Diese Frage dürfte bis zum Programmende noch für einige Diskussionen sorgen.

Am Dienstag berieten dann die Finanzminister aller 28 EU-Staaten – über Leistungsbilanzungleichgewichte und die Schwarze Liste der Steueroasen. AFP/nd Seite 16

Die Welt lässt türkische Armee gewähren

Offensive in Afrin fortgesetzt / UN-Sicherheitsrat kann sich nicht auf gemeinsame Erklärung verständigen

Während der türkische Außenminister mit einer Ausweitung der Operation in Nordsyrien droht, rufen UN, Russland und USA zur Mäßigung auf. LINKE solidarisiert sich mit Protesten.

Von Nelli Tügel

Auf Initiative Frankreichs beriet der UN-Sicherheitsrat am Montag über die türkische Offensive in Afrin, deren Ziel es ist, die Milizen YPG und YPJ aus der Region zu vertreiben. Zu einer gemeinsamen Erklärung kam es jedoch nicht. Der französische UN-Botschafter François Delattre sagte im Anschluss lediglich, der »Ruf nach Zurückhaltung« sei in der Diskussion weitgehend geteilt worden. Russland, das eine zentrale Stellung im Nordwesten Syriens hat, beließ es bei einem Appell zur Mäßigung. Die Türkei betonte ihrerseits, das Vorgehen in Afrin sei eng mit Moskau abgestimmt. Auch die USA, die sich mit YPG und YPJ im Kampf

gegen den Islamischen Staat verbündet hatten, mahnten »Zurückhaltung« an. Die Gewalt in Afrin störe eine bislang »relativ stabile Gegend in Syrien«, sagte US-Verteidigungsminister Jim Mattis am Dienstag in der indonesischen Hauptstadt Jakarta. Ein Sprecher der NATO – in der die Türkei seit 1952 Mitglied ist – erklärte auf Anfrage des »nd«, alle Länder hätten »das Recht zur Selbstverteidigung«. Die Türkei sei besonders betroffen von »Terrorismus«.

In einer Erklärung des nordsyrischen Kantons Dschasir – der wie auch Afrin von den Milizen YPG und YPJ und der Partei der Demokratischen Union (PYD) kontrolliert wird – wurde indes zur »Generalmobilmachung« aufgefördert. Alle »Kinder unseres Volkes sind aufgefordert, zu den Waffen zu greifen um Afrin zu verteidigen«, hieß es dort.

Die türkische Armee setzte ihre Angriffe am Dienstag fort. Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu drohte

zudem mit einer Ausweitung der Militäroperation auf weitere von YPG und YPJ kontrollierte Gebiete. Die YPG in der ostsyrischen Region Manbidsch feuere »ständig Störfeuer« ab, so Çavuşoğlu gegenüber der Zeitung »Habertürk«. »Wenn die USA das nicht stoppen können, werden wir es tun.« Ebenfalls am Dienstag bombardierte die türkische Luftwaffe Stellungen der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) in Nordirak. Nach unbestätigten Angaben wurden seit Beginn der Offensive in Syrien 100 Menschen getötet, darunter viele Zivilisten und zwei türkische Soldaten.

In Deutschland rief die LINKE zu Protesten gegen die türkische Militäroffensive auf. »Dieser neue Krieg des Erdoğan-Regimes gegen die Kurdinnen und Kurden in Syrien ist ein Verbrechen«, hieß es in einer Erklärung der vier Partei- und Fraktionsvorsitzenden. »Protestieren wir zusammen mit den Kurdinnen und Kurden und allen Demokratinnen und Demokraten gegen

diesen Überfall der türkischen Armee.« Die LINKE nannte die Offensive völkerrechtswidrig. Der Bundesregierung warf sie vor, einen »türkischen Gewalttäter« zu hofieren. Zu Wochenbeginn hatten in mehreren deutschen Städten Menschen protestiert. Auf dem Flughafen Hannover kam es zu Schlägereien zwischen Kriegsgegnern und einer protürkischen Gruppe. Mit Agenturen

Seiten 4, 6 und 8

Lesen Sie heute im Ratgeber

Tipps: Mit dem Auto im Winter unterwegs

Mietrecht: Erhöhung der Indexmiete

Rat an Eltern: Bildungs- und Teilhabepaket

AfD stellt drei Ausschuss-Chefs

Fraktionen verteilen Posten

Berlin. Die AfD-Fraktion im Bundestag wird den Vorsitz in drei Ausschüssen übernehmen, darunter im wichtigen Haushaltsausschuss. Das teilte die Fraktion am Dienstag in Berlin mit. Außerdem stellt sie die Vorsitzenden im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz und im Tourismus-Ausschuss. Der Parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Fraktion, Bernd Baumann, sagte mit Blick auf die Auseinandersetzungen um das Netzdurchsetzungsgesetz, die AfD habe nun in dem Ausschuss den Vorsitz, der dafür zuständig ist.

Die Ausschüsse im Bundestag spiegeln die Zuschnitte der Bundesministerien wider. Es ist üblich, dass die größte Oppositionsfraktion den Vorsitz im Haushaltsausschuss übernimmt. Die Unions-Fraktion soll acht Ausschussvorsitze übernehmen, die SPD-Fraktion fünf. Die AfD-Fraktion stellt drei Ausschussvorsitzende, ebenso wie die FDP. Bei der LINKEN und den Grünen als kleinere Oppositionsfraktionen sind es jeweils zwei. Der Bundestag hatte die Ausschüsse Anfang voriger Woche eingesetzt, die Vorsitze aber noch nicht bestimmt. epd/nd Seite 5

Lauda bekommt Niki zurück

Gläubigerausschuss entscheidet sich für Österreicher

Wien. Die insolvente Air-Berlin-Tochter Niki geht nach dem Willen des österreichischen Gläubigerausschusses in die Hände von Airline-Gründer Niki Lauda. Das habe der Ausschuss einstimmig beschlossen, teilten der deutsche Insolvenzverwalter Lucas Flöther und die österreichische Masseverwalterin Ulla Reisch am Dienstagmorgen in einer gemeinsamen Presseerklärung in Wien mit. »Es wird von einer kurzfristigen insolvenzrechtlichen Genehmigung der Transaktion in Österreich und in Deutschland ausgegangen«, hieß es. Der Ausschuss hatte rund 15 Stunden beraten.

Damit ist der im ersten Insolvenzverfahren in Deutschland angepeilte Deal mit dem britisch-spanischen IAG-Konzern hinfällig. Das Unternehmen zeigte sich enttäuscht, wollte sich aber nicht dazu äußern, ob es gegen die Entscheidung vorgehen will. Die IAG hatte mit ihrer Billigtochter Vueling für Niki 20 Millionen Euro und weitere 16,5 Millionen Euro als Massekredit zur Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebes geboten. dpa/nd Seite 6

Partnerschaft gegen Chemiewaffen

24 Staaten verpflichten sich, Informationen zu Angriffen zu teilen

Paris. Eine von Frankreich angestoßene internationale Initiative soll Verantwortliche von Chemiewaffeneinsätzen ins Visier nehmen. 24 Staaten brachten am Dienstag in Paris eine Partnerschaft gegen die Straflosigkeit der Nutzung chemischer Waffen auf den Weg. Sie verpflichteten sich insbesondere, der internationalen Gemeinschaft Informationen über die Verantwortlichen solcher Angriffe zur Verfügung stellen. Beteiligt sind unter anderem Deutschland, die USA, die Türkei und Großbritannien.

Darüber hinaus hat Frankreich Sanktionen gegen 25 Unternehmen und Verantwortliche verhängt, die »das syrische Programm zur Entwicklung und Herstellung von Chemiewaffen unterstützen« haben sollen. Die Firmen stammen aus Syrien, Libanon oder Frankreich. Nach französischer Zählung hat es im Zeitraum 2012 bis 2017 mindestens 130 Giftgasangriffe in Syrien gegeben. Vier davon gehen nach Einschätzung der UNO und der Organisation für das Verbot chemischer Waffen auf das Konto der syrischen Regierung. dpa/nd

ISSN 0323-3375

